



An den Grossen Rat

23.5435.02

GD/P235435

Basel, 27. September 2023

Regierungsratsbeschluss vom 26. September 2023

Interpellation Nr. 115 Melanie Eberhard betreffend «Förderung der niederschweligen Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche mit psychischer Belastung»

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 13. September 2023)

«Am Donnerstag, 7. September 2023 berichteten verschiedene Medien¹ über die alarmierende Situation von Jugendlichen aufgrund der Pandemie, der politisch unsicheren Grosswetterlage (Ukraine-Krieg, wirtschaftliche und soziale Unsicherheiten, Klimawandel usw.) sowie zusätzlichen individuellen Ängsten. Die Zahl der psychisch belasteten Jugendlichen hat sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt und Suizidversuche nahmen demnach stark zu. Aufgrund der Multikrise ist das Versorgungssystem indes überlastet und Kinder und Jugendliche warten auch in Basel-Stadt oft lange auf eine psychotherapeutische oder psychiatrische Behandlungsmöglichkeit (siehe dazu Beantwortung der Schriftlichen Anfrage 21.5760.02 Melanie Nussbaumer und 22.5164.02 von Thomas Widmer-Huber). In seiner Beantwortung der Schriftlichen Anfrage 22.5595.02 von Edibe Gölgeci, hielt der Regierungsrat zudem fest, dass momentan das in der Region vorhandene Angebot ausbaufähig sei und ein Ausbau der Kapazitäten im Bereich der stationären Kinder- und Jugendpsychiatrie in den nächsten Jahren vorgesehen sei.

Vielen Jugendlichen und ihren Angehörigen kann jedoch auch viel Leid erspart werden, wenn sie schnell auf professionelle, niederschwellige Beratungsangebote wie die telefonische Beratung 147, die Dargebotene Hand oder ciao.ch zurückgreifen können. Diese vorgelagerten Anlaufstellen übernehmen wie beispielsweise auch die weiteren Beratungs- und Unterstützungsangebote, namentlich die offene Jugendarbeit, die Schulsozialarbeit, oder spezifische Beratungsstellen für Jugendliche eine zentrale Funktion für Kinder und Jugendliche sowie junge Erwachsene bei der Bewältigung der Multikrise. Diese Stellen melden aber auch seit Monaten, dass sie mit ihrer Kapazität am Anschlag sind. So stehen die Berater:innen von 147 aktuell schweizweit jeden Tag mit sieben bis acht Kindern und Jugendlichen zu Suizidgedanken in Kontakt. Vor der Pandemie waren es drei bis vier am Tag. Wenden sich in Basel-Stadt vor der Pandemie noch 5'162 Kinder und Jugendliche bis 25 Jahre, per Telefon, E-Mail, SMS, Chat oder Web-Self-Service ans 147, waren es 2022 bereits 7'269. Die Anzahl Kontaktaufnahmen beim 147 im Kanton Basel-Stadt hat zwischen 2019 und 2022 um 41% zugenommen.

Pro Juventute, die Betreiberin des 147, hält zudem fest, dass sie aufgrund der langen Wartezeiten bei nachgelagerten Angeboten, namentlich den Kinder- und Jugendpsychiatrien, auch vermehrt Betroffene über längere Zeit begleiten und auffangen müssen. In Anbetracht der langen Wartezeiten bei nachgelagerten Angeboten und aufgrund des Fachkräftemangels kommt den niederschweligen Beratungsangeboten eine Schlüsselrolle zu. Dies sowohl aufgrund des kontinuierlichen Angebotes, das rund um die Uhr und über verschiedene Kanäle genutzt werden kann, als auch hinsichtlich des präventiven Charakters, den diese Angebote haben. Eine frühzeitige Behandlung kostet zudem deutlich weniger als eine intensive und längerfristige stationäre Behandlung. Je früher also jemand Hilfe erhält – etwa bei niederschweligen Erstanlaufstellen – desto einfacher und günstiger ist die Behandlung. Dass sich jeder für die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen eingesetzte Franken

aufgrund erhöhter Produktivität und tieferen Gesundheitskosten neben der Verminderung von Leid auch finanziell lohnt, ist auch wissenschaftlich² belegt.

Aufgrund der aktuellen Multikrise sowie der daraus resultierenden erhöhten Nachfrage nach niederschweligen Beratungsangeboten durch Kinder und Jugendliche mit psychischer Belastung bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wurden die niederschweligen Beratungsangebote für Kinder- und Jugendliche aufgrund der Multikrise erweitert und/oder wurde die finanzielle Unterstützung der bereits bestehenden Partnerschaften aufgrund und entsprechend der erhöhten Nachfrage erhöht?
2. Falls nein, plant der Kanton die Unterstützung der Erstanlaufstellen angesichts der Multikrise zu überprüfen und gegebenenfalls zu erhöhen oder andere Massnahmen zur Unterstützung der Betroffenen zu ergreifen?
3. Welche Unterstützung erhalten Erstanlaufstellen wie das 147, die Dargebotene Hand und ciao.ch vom Kanton Basel-Stadt?
4. Wie fördert der Kanton niederschwellige und digitale Angebote der lokalen Organisationen wie beispielsweise der JuAr und von weiteren Akteuren?
5. Viele Kinder und Jugendliche wissen nicht, wohin sie sich im Fall von Sorgen und psychischen Problemen wenden können. Hat die Kampagne auf Snapchat und Instagram zur Bewerbung der Hilfsangebote von 147 und 143 die erhoffte Wirkung erzielt und wie wird die Bekanntmachung solcher niederschweligen Erstanlaufstellen bei der Zielgruppe nachhaltig sichergestellt?
6. Werden die aufgrund der Pandemie entwickelten schulischen Beratungsangebote noch immer umfassend angeboten und ist eine Anpassung und/oder Erweiterung aufgrund der aktuellen Multikrise vorgesehen?
7. Welche Folgen sieht der Kanton für die Volkswirtschaft, wenn immer mehr Jugendliche psychisch stark belastet sind?
8. Welche mittel- und längerfristige Strategie verfolgt der Regierungsrat, um Kindern und Jugendlichen eine gesunde psychische Entwicklung zu ermöglichen?

¹ z.B. Tagesschau Hauptausgabe vom 7. September 2023: <https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/tagesschau-vom-07-09-2023-hauptausgabe?urn=urn:srf:video:a2d66467-6d22-4fe4-b5f4-54b6b1a221bf>

² Jeder investierte Franken in die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen führt längerfristig zu einem Return on Investment von 4 Franken hält u.a. die WHO fest: <https://www.who.int/news/item/13-04-2016-investing-in-treatment-for-depression-and-anxiety-leads-to-fourfold-return>

Melanie Eberhard»

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Einleitung

Laut der Studie «Psychische Gesundheit von Jugendlichen in der Schweiz und Lichtenstein» von UNICEF¹ ist ein Drittel der 14- bis 19- jährigen Jugendlichen in der Schweiz und in Liechtenstein von psychischen Problemen betroffen. Psychische Störungen beginnen allgemein sehr früh. Rund die Hälfte davon treten vor dem 15. Lebensjahr und rund 75% vor dem 25. Lebensjahr auf². Das bedeutet, dass Personen mit psychischen Störungen sehr häufig schon in der Schulzeit oder in der Berufsausbildung psychische Probleme aufwiesen.

¹ Y. Barrense-Dias, L. Chok, J. Suris; 2021.

² Kessler et al., 2005.

2. Zu den einzelnen Fragen

1. *Wurden die niederschweligen Beratungsangebote für Kinder- und Jugendliche aufgrund der Multikrise erweitert und/oder wurde die finanzielle Unterstützung der bereits bestehenden Partnerschaften aufgrund und entsprechend der erhöhten Nachfrage erhöht?*

Bei den niederschweligen Angeboten sind die Beratungsfälle in Folge der Corona-Pandemie angestiegen. Für die neue Leistungsperiode 2023 bis 2026 wurden die Staatsbeiträge mit den bewährten und langjährigen Partnern u.a. aus diesem Grund erhöht:

- Beratungsleistungen Elternberatung des Vereins für Kinderbetreuung: Erhöhung der Staatsbeiträge zur Sicherstellung der Beratungsleistungen und Ausbau der Erreichbarkeit;
- Beratungsleistungen Familien-, Paar- und Erziehungsberatung (fabe): Erhöhung der Staatsbeiträge zur Sicherstellung der Beratungsleistungen und Verbesserung der Niederschwelligkeit (erste drei Beratungseinheiten kostenlos);
- Beratungsleistungen Verein für Jugendarbeit (JuAr): Erhöhung der Staatsbeiträge zur Verbesserung der Zugänglichkeit durch spezifische Beratung für Care Leaver und für junge Erwachsene, die Sozialhilfe beziehen.

Für die Volksschule wurden zusätzliche Stellenprozente im Zuge der Eröffnung der neuen Schulstandorte gesprochen. Zudem sind sowohl der schulpsychologische Dienst (SPD) als auch die Schulsozialarbeit (SSA) darum bemüht, Abläufe und Prozesse zu vereinfachen und zu verschlanken, um schneller und niederschwelliger agieren zu können.

Auf der Sekundarstufe II unterscheidet sich der Bedarf nach sozialer Unterstützung je nach Ausbildungstypus:

- An den *Berufsfachschulen* besteht geringer Bedarf nach zusätzlichen Unterstützungsangeboten über die Regelstrukturen hinaus. Die Berufsfachschulen bieten den Lernenden umfassende Unterstützung in schuleigenen Lernbüros an und Gap – Case Management Berufsbildung zusätzlich soziale Unterstützung.
- Bei den *Brückenangeboten* ist der Bedarf aufgrund der Zielgruppe grösser³. Mit dem integrativen Profil stellt das Zentrum für Brückenangebote (ZBA) ein Angebot für spätmigrierte Migrantinnen und Migranten insbesondere mit traumatischen Fluchterlebnissen zur Verfügung. Aufgrund der Früherkennung an der Volksschule wird ein grosser Teil der Jugendlichen mit Brückenangeboten bereits vor Eintritt in das ZBA durch das Gap – Case Management Berufsbildung unterstützt.
- Bei den *Mittelschulen* ist seit 2019 ein grösserer Bedarf nach zusätzlicher Unterstützung feststellbar. Die Schwierigkeiten im Umgang mit dem Leistungsdruck oder andere psychische Probleme, die durch die Auswirkungen der Pandemie verstärkt wurden, belasten den regulären Schulbetrieb und fordern von Schulleitungen anspruchsvolle Abklärungen mit Lehrpersonen, dem schulpsychologischen Dienst und externen Beteiligten. Für die Mittelschulen wurde daher im Jahr 2019 das Angebot «Loop» als Pilotprojekt initiiert und im Herbst 2022 an allen sechs Standorten der Mittelschulen eingeführt. Loop ist ein zeitlich begrenztes Beratungs- und Unterstützungsangebot für Schülerinnen und Schüler, die aufgrund von belasteten Lebenslagen nur eingeschränkt oder gar nicht mehr am schulischen Regelbetrieb teilnehmen können mit dem Ziel der Reintegration in den Schulbetrieb.

³ Brückenangebote werden oft von Jugendlichen besucht, die aufgrund belasteter psychosozialer Lebenslagen zusätzlich soziale Unterstützung benötigen, um den Anschluss an die berufliche Grundbildung zu erzielen.

2. *Falls nein, plant der Kanton die Unterstützung der Erstanlaufstellen angesichts der Multikrise zu überprüfen und gegebenenfalls zu erhöhen oder andere Massnahmen zur Unterstützung der Betroffenen zu ergreifen?*

Generell:

Die bestehenden Beratungsangebote werden bereits zusätzlich unterstützt (siehe dazu Antwort zu Frage 1).

Die Schulen betreffend:

Für die Volksschule gilt, dass das vorhandene Angebot an internen und externen Unterstützungsangeboten regelmässig zu überprüfen ist und es gegebenenfalls anzupassen gilt. Aktuell gibt es diverse Präventionsformate zur psychischen Gesundheit. Der Kanton koordiniert und evaluiert die Angebote, um den Bedarf der Schülerinnen und Schüler bestmöglich abdecken zu können. Für die Sekundarstufe II wurden bedarfsgerechte Angebote geschaffen (siehe dazu Antwort auf Frage 1).

3. *Welche Unterstützung erhalten Erstanlaufstellen wie das 147, die Dargebotene Hand und ciao.ch vom Kanton Basel-Stadt?*

Seit 1996 unterstützt der Kanton Basel-Stadt die Dargebotene Hand mit einem jährlichen Beitrag von 50'000 Franken. Ciao.ch ist eine Website für junge Menschen in der Westschweiz und deshalb für die Basler Bevölkerung wenig geeignet.

Zudem wurden zwei niederschwellige Hilfe- und Beratungsangebote von Pro Juventute ausgebaut:

- 147.ch – Hilfe und Beratung für Kinder und Jugendliche; als Richtmass für die Kantonsbeteiligungen gilt ein Verteilschlüssel nach kantonalen Einwohnerzahlen. Der Beitrag liegt etwas höher als die laut Berechnungsschlüssel empfohlene Beitragshöhe;
- Elternberatung Pro Juventute: Wird ab 2023 ebenfalls mit einem Beitrag unterstützt, die Kostenbeteiligung berechnet sich nach demselben Verteilschlüssel.

Für diese beiden Leistungen werden jeweils 20'000 Franken pro Jahr aufgewendet. Somit unterstützt der Kanton diese Beratungsangebote jährlich mit insgesamt 40'000 Franken.

4. *Wie fördert der Kanton niederschwellige und digitale Angebote der lokalen Organisationen wie beispielsweise der JuAr und von weiteren Akteuren?*

Grundsätzlich gehört es zu den Aufgaben der Anbieter, die Angebote niederschwellig gemäss dem Bedarf weiterzuentwickeln, sei dies vor Ort, telefonisch oder digital. Der Kanton unterstützt die nationale Website www.feel-ok.ch mit einem jährlichen Beitrag von 7'000 Franken und engagiert sich darüber hinaus für die Bekanntmachung dieses Angebots.

5. *Viele Kinder und Jugendliche wissen nicht, wohin sie sich im Fall von Sorgen und psychischen Problemen wenden können. Hat die Kampagne auf Snapchat und Instagram zur Bewerbung der Hilfsangebote von 147 und 143 die erhoffte Wirkung erzielt und wie wird die Bekanntmachung solcher niederschweligen Erstanlaufstellen bei der Zielgruppe nachhaltig sichergestellt?*

Die angesprochene Social Media Kampagne wurde in den Jahren 2021 und 2022 aufgrund der hohen Belastung von Jugendlichen während der Covid-19 Pandemie umgesetzt. Aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit – die Massnahme musste so schnell wie möglich umgesetzt werden, um auf die aktuellen Entwicklungen reagieren zu können – konnte keine umfassende Evaluation geplant und umgesetzt werden. Zum damaligen Zeitpunkt konnten die Institutionen zudem nicht erfassen, aus welchem Kanton die Anrufe erfolgten. Aus diesem Grund konnte nicht nachgewiesen werden, wie stark die Kampagne auf Snapchat und Instagram Wirkung gezeigt hat. Insgesamt lief die Kampagne acht Wochen und generierte 145'065 Views.

Die nachhaltige Bekanntmachung der beiden Angebote findet im Rahmen der verschiedenen Schulprojekte und Öffentlichkeitsveranstaltungen statt, bei welchen der Kanton Basel-Stadt jeweils auf die niederschweligen Hilfsangebote aufmerksam macht. Auf Instagram und der Website der Abteilung Prävention wird ebenfalls regelmässig für diese Angebote geworben.

6. *Werden die aufgrund der Pandemie entwickelten schulischen Beratungsangebote noch immer umfassend angeboten und ist eine Anpassung und/oder Erweiterung aufgrund der aktuellen Multikrise vorgesehen?*

Das Grundangebot der Leistungen des schulpсихologischen Dienstes (SPD) wie auch der Schulsozialarbeit (SSA) wird umfassend und unverändert an den Schulen angeboten. Alle Leistungen werden im ursprünglichen Setting ausgeführt. Für die Sekundarstufe II wurden seit 2019 neue bedarfsgerechte Angebote (u.a. «Loop») geschaffen, die jährlich intern evaluiert werden.

7. *Welche Folgen sieht der Kanton für die Volkswirtschaft, wenn immer mehr Jugendliche psychisch stark belastet sind?*

Die steigende Anzahl psychisch belasteter Jugendlicher kann erhebliche Auswirkungen auf die Volkswirtschaft haben. Psychische Belastungen können die schulische Leistung und die Bildungsbeteiligung beeinträchtigen. Dies kann langfristige Auswirkungen auf die Qualifikationen und die berufliche Entwicklung der Jugendlichen haben. Jugendliche, die mit psychischen Belastungen kämpfen, können zudem Schwierigkeiten bei der Integration in den Arbeitsmarkt haben. Dies kann die Produktivität und die langfristige wirtschaftliche Stabilität beeinträchtigen und gleichzeitig die Belastung Betroffener weiter erhöhen. Die steigende Nachfrage nach psychischer Gesundheitsversorgung erhöht die Belastung des Gesundheitssystems. Dies kann zu höheren Gesundheitsausgaben führen. Psychisch belastete Jugendliche haben zudem ein höheres Risiko, auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein. Dies kann wiederum die finanzielle Belastung für Sozialsysteme erhöhen.

Um diese negativen wirtschaftlichen Auswirkungen zu minimieren, ist es entscheidend, frühzeitige Interventionen, Präventionsmassnahmen und den Zugang zu angemessener psychischer Gesundheitsversorgung für Jugendliche zu fördern.

8. *Welche mittel- und längerfristige Strategie verfolgt der Regierungsrat, um Kindern und Jugendlichen eine gesunde psychische Entwicklung zu ermöglichen?*

Der Kanton Basel-Stadt orientiert sich an der NCD-Strategie des Bundes⁴ und setzt im Rahmen des Kantonalen Aktionsprogramms Psychische Gesundheit gemeinsam mit der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz verschiedene Massnahmen innerhalb verschiedener Bereiche um:

1. **Sensibilisierung, Entstigmatisierung und Information:** Das Gesundheitsdepartement beteiligt sich dabei aktiv an der Planung und Umsetzung einer Schweizweiten Sensibilisierungskampagne und vermittelt Informationen zu Grundlagen und Angeboten.
2. **Umsetzung von Aktivitäten in den Bereichen Gesundheitsförderung, Prävention und Früherkennung:** Es besteht eine umfangreiche Angebotspalette um Kinder, Jugendliche und ihre Bezugspersonen in ihrer Resilienz zu stärken und sie bei Lebensübergängen und kritischen Lebensereignissen zu unterstützen.
3. **Advocacy und Wissensgrundlagen:** Seit 2010 unterhält der Kanton Basel-Stadt ein Präventionsprogramm zur Stärkung der psychischen Gesundheit, welches sich laufend weiterentwickelt und sich für die Verbesserung der Datengrundlage in spezifischen Bereichen einsetzt.
4. **Strukturen und Ressourcen:** Neben der bikantonalen Psychiatriekommission BL/BS werden regelmässige Fachaustausche zu aktuellen Themenbereichen organisiert. Auf den Themenbereich Kinder und Jugendliche wurde in den vergangenen drei Jahren einen besonderen


⁴ Nationale Strategie zur Prävention nichtübertragbarer Krankheiten (admin.ch).

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Fokus gelegt. Der Einsatz der Ressourcen wird zudem laufend auf Effizienz und Bedarfsgerechtigkeit geprüft.

Daneben passt das Erziehungsdepartement das Angebot von schulinternen und externen Unterstützungsangeboten laufend an. Gleichzeitig wird die Berufswahlorientierung gestärkt.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin